

Jens Schultz
Fraktionsgeschäftsführer
Bergedorfer Str. 131
21029 Hamburg

Telefon: 040 25491224

FAX: 040 25491236

E-Mail: jens.schultz@dielinke-bergedorf.de

Internet: www.linksfraktion-bergedorf.de

Bergedorf, 28.01.2013

DIE LINKE stellt Verkehrskonzept für den ÖPNV in Bergedorf vor

Stärkung des Busverkehrs im Bezirk und bessere überörtliche Anbindung

Im Rahmen der aktuellen Debatte der Bezirksfraktionen um ein Verkehrskonzept für Bergedorf stellt die Fraktion DIE LINKE nun ihr Konzept zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vor. Zur Bearbeitung dieses Themas konnte DIE LINKE Philip Cramer gewinnen, dem durch frühere Tätigkeiten im Bezirk Bergedorf viele neuralgische Punkte bekannt sind.

Zum Busverkehr macht das Gutachten verschiedene Vorschläge. Beispielsweise gibt es Anregungen, wie die Geschwindigkeit des ÖPNV rund um den Bergedorfer ZOB erhöht werden kann. Außerdem wird aufgezeigt, dass im Bezirk Bergedorf an vielen Stellen das Busangebot ausgeweitet werden kann.

Auch für den regionalen Verkehr macht der Gutachter Vorschläge. Zur Entlastung der an der Kapazitätsgrenze fahrenden S-Bahn schlägt er vor, Regionalzüge, die derzeit lange am Hamburger Hauptbahnhof stehen, bis Bergedorf durchzubinden. Sowohl eine Buslinie von Bergedorf nach Lüneburg direkt, als auch eine Buslinie von Bergedorf nach Harburg direkt könnten die an den Kapazitätsgrenzen verkehrenden S-Bahn Linien 21, 31 und 3 zumindest so lange entlasten, bis neue Fahrzeuge für die S-Bahn beschafft worden sind, die die heutigen Engpässe im Berufsverkehr entlasten können.

Zum Konzept der LINKEN sagt der Fraktionsvorsitzende Stephan Jersch: „Unser Gutachten liefert kurzfristig umsetzbare Maßnahmen, die Impulse zur überörtlichen Anbindung Bergedorfs mit dem ÖPNV als auch zur Lösung spezifischen Bergedorfer Problemen geben.“ Robert Gruber, der verkehrspolitische Sprecher der Linksfraktion, ergänzt: „In unserem Gutachten werden wichtige Anregungen zum ÖPNV dargestellt, die wir in die Diskussion um ein Bergedorfer Verkehrskonzept mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung einbringen werden.“